

Industriepolitische- und beschäftigungspolitische Aspekte der Transformation industrieller Strukturen

Die Transformation politisch gestalten – Für einen Aktiven Staat in der Industriepolitik

Fachgespräch der Bundestagsfraktion der Linken

Berlin 19. März 2016

- Think Tank mit industriegewerkschaftlicher und arbeitnehmerorientierter Perspektive.
- Empirischer Fokus liegt überwiegend auf den Branchen im Organisationsbereich der IG BCE.
- Im Zentrum der Arbeit stehen die notwendigen Transformationsprozesse der Industrie auf dem Weg zur Nachhaltigkeit und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen und Beschäftigte
- Erstellt Analysen, organisiert Veranstaltungen und entwickelt politische Handlungsempfehlungen in den Themenbereichen Nachhaltige Industriepolitik und Industriearbeit der Zukunft.

Arbeitsschwerpunkte



Energiewende



Verkehrswende



Nachhaltigkeit /
CSR



Digitalisierung und Zukunft
der Arbeit

Industrie- und beschäftigungspolitische Herausforderungen

Beispiel der Automobilindustrie

Die IG BCE- Branchen und der Fahrzeugbau

Der gesamte Organisationsbereich der IG BCE umfasst **ca. 18% aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes**.

Das sind knapp **1 Million Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen**.

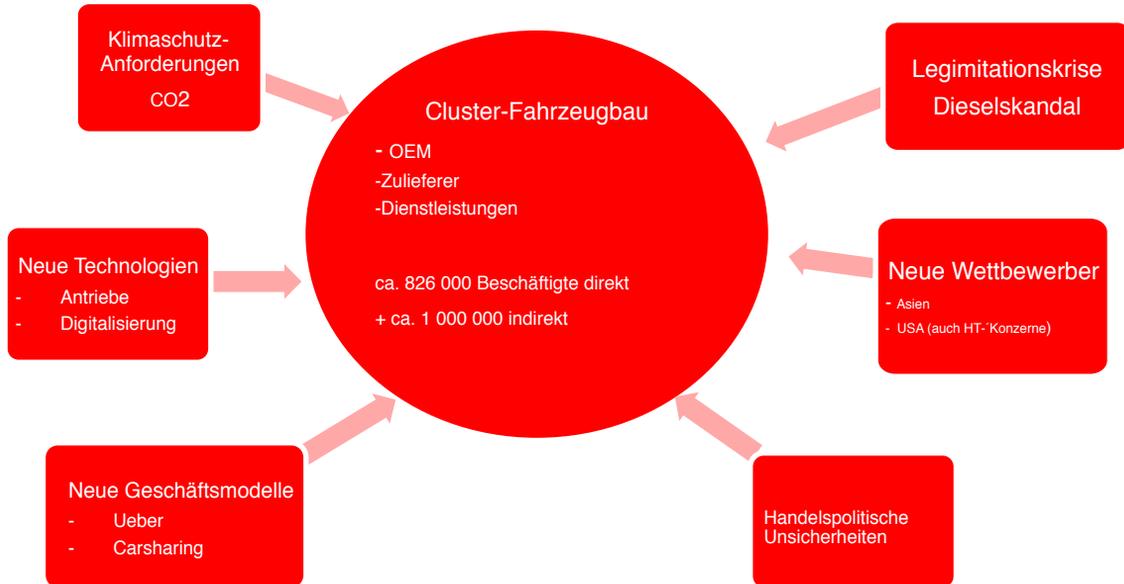
Fast alle IG BCE - Branchen liefern Produkte und Dienstleistungen

- für die Fahrzeugindustrie,
- aber auch für die Schiffbau- und Flugzeugindustrie zu.

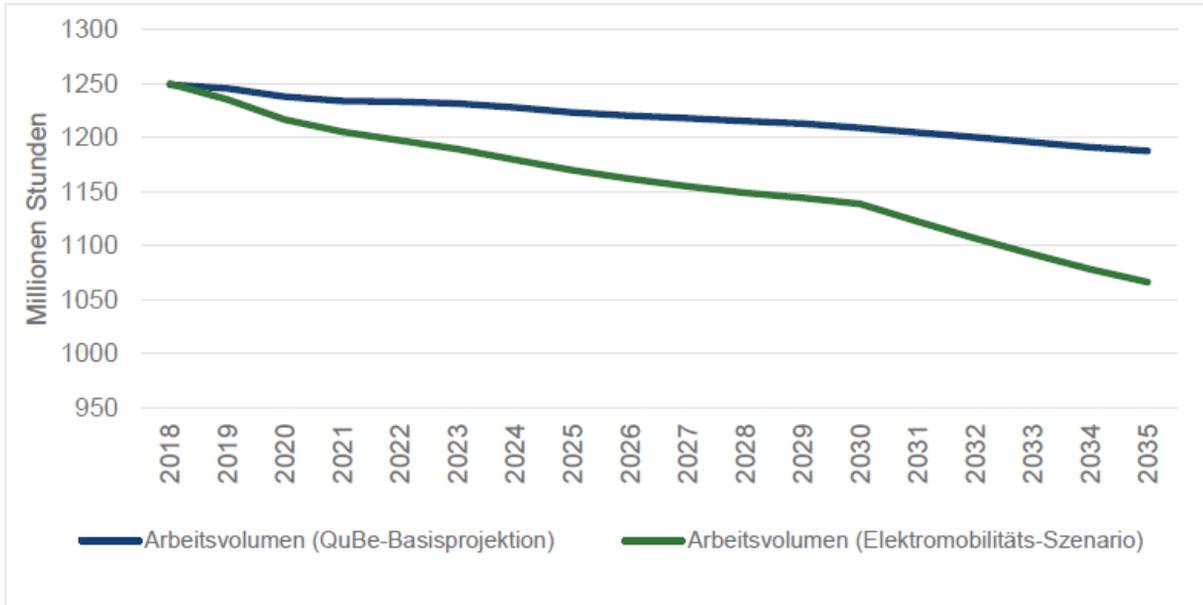
Insbesondere der Automobilbau hat eine herausragende Bedeutung für die Beschäftigung in den Branchen der IG BCE.

Von den ca. 1 Million Beschäftigten in den IG BCE-Branchen dürften grob geschätzt rund **200 000 direkt oder indirekt von der Fahrzeugindustrie abhängig** sein.

Das „Herz“ der deutschen Industrie steht unter Druck und vor erheblichen Herausforderungen

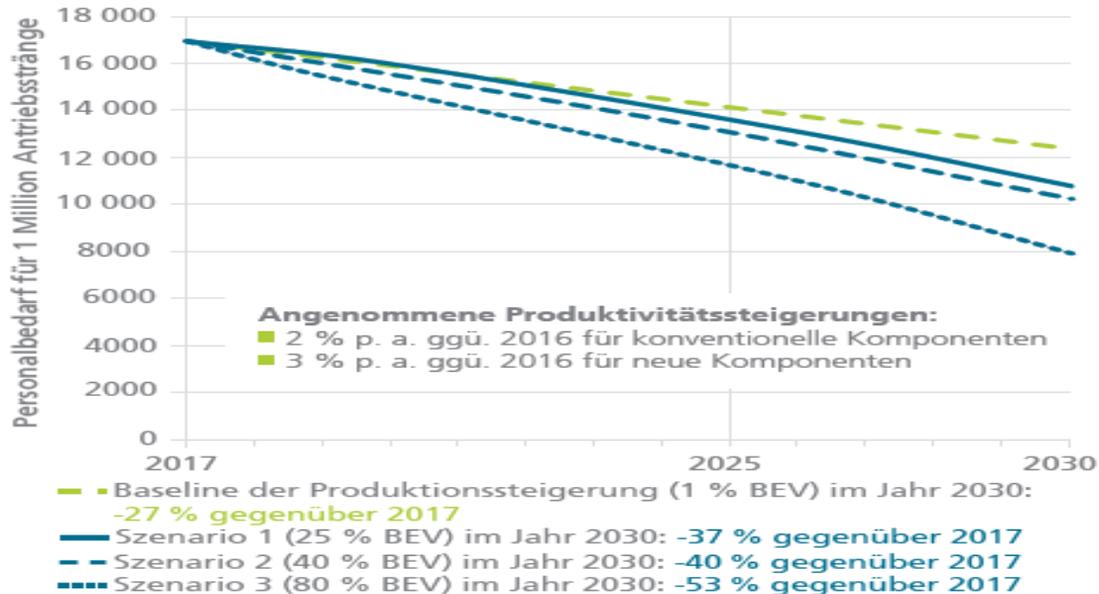


Entwicklung des Arbeitsvolumens im Elektromobilitäts-Szenario der IAB-Studie



Quelle: IAB-Forschungsbericht 8/2018

ELAB Studie 2.0 - Personalbedarfe bei unterschiedlichen Elektrifizierungsgraden in der deutschen PKW-Produktion -



Quelle: ELAB 2.0 Studie

Industrie- und strukturpolitische Anforderungen

- „Transformation“ der Automobilindustrie zeigt exemplarisch die Herausforderungen für die gesamte deutsche und europäische Industrie
- Nachhaltigkeitsanforderungen, technologischer Wandel und internationaler Wettbewerb als „Treiber“
- Aktive nachhaltige Industriepolitik unverzichtbar
- Weder in Deutschland noch in Europa konzeptionell noch praktisch vorhanden
 - Ausnahme: Innovations- und Technologiepolitik
 - **Wettbewerbspolitik, Umweltpolitik, Strukturpolitik und Wachstumspolitik werden nicht mit Industriepolitik verknüpft.**
 - **Sektorale Industriepolitik immer noch marginal**
- Das industriepolitische Konzept des BMWi begrüßenswert, aber insgesamt zaghaft und unentschlossen hinsichtlich staatlicher Aktivitäten

Elemente einer aktiven nachhaltigen Industriepolitik

- Enge industriepolitische Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten und EU-Kommission
 - Vorrang für europäische IP
- Beinhaltet eine dezidierte Sektorpolitik
 - Erarbeitung von branchenbezogenen Analysen um zielgenaue Instrumente und Maßnahmen zu entwickeln
 - In enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitgebern
- Stärkung des Wachstums in Europa durch makroökonomische „Flankierung“
 - Stärkung und Schaffung europäischer Infrastrukturen
- Ist sich der Bedeutung des Faktors „Humankapital“ bewusst
 - Bewältigung des demografischen Wandels, Lebenslanges Lernen,
 - Stärkt Mitbestimmung und Partizipation der Beschäftigten
 - Nutzt die Potenziale der Sozialen Dialoge zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften
- Gestaltet den Strukturwandel

Elemente einer aktiven nachhaltigen Industriepolitik

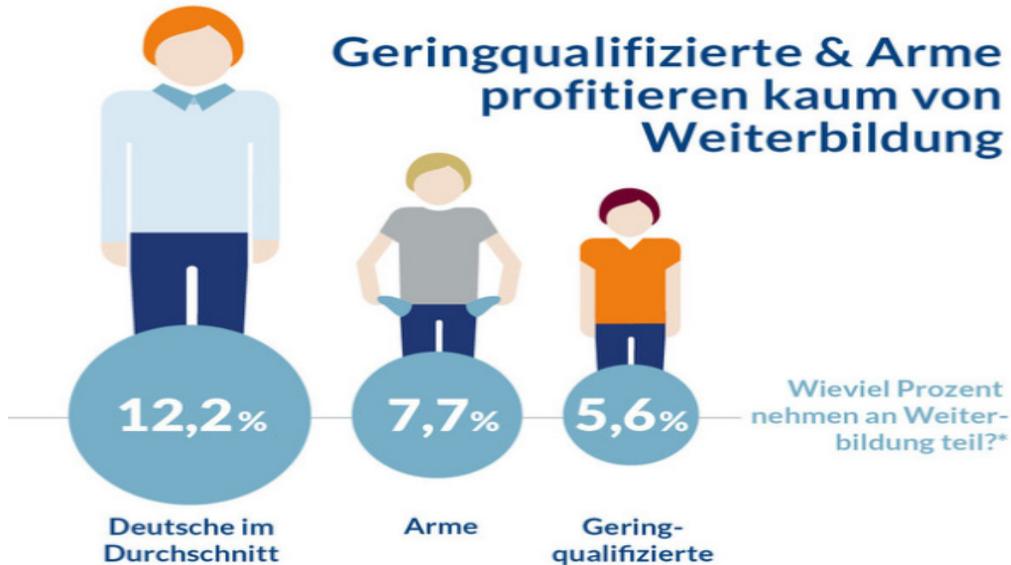
- Neuausrichtung der EU-Strukturpolitik (Kohäsionsfonds)
 - Zur Stärkung industrieller Strukturen
 - Auch Regionen mit hoher Wirtschaftskraft die sich im Strukturwandel befinden sind zu fördern
 - Reform des europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Europäische Sozialfonds (ESF)
 - Oder neuer europäischer Struktur- und Innovationsfonds.
- Focus auf Unterstützung von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) und deren Beschäftigten
 - Förderung der Innovationsfähigkeit
 - Stärkung der Kooperation mit öffentliche und privaten Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen
 - Schaffung spezifische Weiterbildungsinstitutionen für KMU
 - Öffentliche finanzielle Unterstützung (durch Bürgschaften, Darlehen) um technologische Umbrüche zu bewältigen.

Beschäftigungspolitische Anforderungen

- Neue und erweiterte **arbeitsmarktpolitische Instrumente für Sicherung der Beschäftigung:**
 - Staat muss wesentlich mehr in Qualifizierung/Weiterbildung [investieren](#)
 - Ausrichtung am technologischen Wandels nicht nur in der Fahrzeugindustrie
- Eine **Arbeitsversicherung** muss - als weitere Säule der Arbeitslosenversicherung - hat [allen](#) Beschäftigten breite und rechtlich gesicherte Ansprüche auf betriebliche und überbetriebliche Weiterbildung und Qualifizierung .
- **Lebensbegleitende Berufsberatung** durch Bundesagentur für Arbeit
- **Erweiterte Betriebsratsrechte** im Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung, insbesondere um Betriebsvereinbarungen über Qualifizierungs- und Weiterbildung
- Auf lange Sicht **Neuverteilung des Arbeitsvolumens.**

Backup

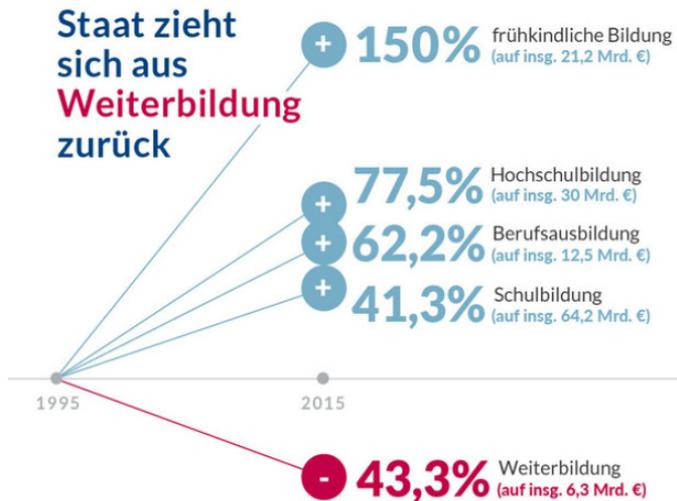
Berufliche Weiterbildung – Exklusion großer Teile von Beschäftigten



*Teilnahmequote an mindestens einer allgemeinen oder beruflichen Weiterbildung in den letzten 12 Monaten

Quelle: Bertelsmann; Deutscher Weiterbildungsatlas 2018

Berufliche Weiterbildung – Staatliche Förderung ungenügend



Quelle: Bertelsmann; Deutscher Weiterbildungsatlas 2018